

### Bekanntmachung

Die 04. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung findet am Donnerstag, den 21.11.2019 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

#### Tagesordnung:

##### Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 17.10.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Bürgerinitiative Mein Radnetz Stralsund - Ergebnisse der Bürgerbefragung
- 4.2 Anpassung von Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund hier: grundhafter Ausbau des Groß Lüdershäger Weges  
Einreicher: Peter Paul, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0050/2019
- 4.3 Anlegen einer Querungshilfe im Bereich der Bushaltestelle "Voigdehäger Weg"  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: AN 0149/2019
- 4.4 Errichtung Warthäuschen an der Haltestelle Blütenweg  
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0076/2019
- 4.5 zu den Markierungspfosten (Quartier 17)  
Einreicher: Thoralf Pieper, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0239/2019
- 4.6 Informationen aus der Sitzung des Gestaltungsbeirates
- 5 Verschiedenes

##### Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 6.1 Förderung Wasserstraße 36  
Vorlage: H 0077/2019

- 6.2 Ergänzung der Beschlüsse 2015-VI-08-0291 vom 15.10.2015 und H 2019-VII-03-0030 vom 10.09.2019 zur Förderung der Heilgeiststraße 15/15 a  
Vorlage: H 0087/2019
- 6.3 Verkauf eines unbebauten Grundstücks in der Alten Rostocker Straße  
Vorlage: H 0083/2019
- 6.4 Verkauf eines unbebauten Grundstücks in Stralsund, Knieperdamm  
Vorlage: B 0069/2019
- 7 Beratung zu aktuellen Themen -keine-
- 8 Verschiedenes

#### Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Hendrik Lastovka  
Vorsitz

# TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund

Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

## Niederschrift

der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 17.10.2019  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:20 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Hendrik Lastovka

#### stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack

#### Mitglieder

Herr Christian Binder

Herr Jan Gottschling

Herr Ulrich Grösser

Herr Stefan Nachtwey

Herr Jürgen Suhr

#### Vertreter

Herr André Meißner

Herr Bernd Röll

Vertretung für Herrn Stefan Bauschke

Vertretung für Frau Ute Bartel

#### Protokollführer

Frau Gaby Ely

#### von der Verwaltung

Frau Heike Benz

Herr Oliver Dillmann

Frau Kirstin Gessert

Herr Wolfgang Sund

Frau Kristina Wilcke

Herr Ekkehard Wohlgemuth

#### Gäste

Herr Peter Sobottka

### Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 12.09.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Gebietsänderungsvertrag Kramerhof - Stralsund  
Vorlage: B 0058/2019

- 3.2** 1. Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund um die inkommunalisierten Flächen des Strelasundes und Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
Vorlage: B 0052/2019
- 3.3** Zweite Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0042/2019
- 3.4** Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Stralsund über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren  
Vorlage: B 0043/2019
- 3.5** Finanzierung Nationale Projekte des Städtebaus, Hansakai  
Vorlage: B 0056/2019
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Anlegen einer Querungshilfe im Bereich der Bushaltestelle "Voigdehäger Weg"  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: AN 0149/2019
- 4.2** Errichtung Wartehäuschen an der Haltestelle Blütenweg  
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0076/2019
- 4.3** Bepflanzung und Müllbehälter für Knieper West  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Vorlage: AN 0089/2019
- 4.4** Grundstücksbebauung durch städtische Gesellschaften  
Einreicher: Peter van Slooten, SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0035/2019
- 4.5** Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen  
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0018/2018
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.  
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Lastovka, geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Gemäß § 28 Abs.2 KV MV verpflichtet Herr Lastovka Herrn Christian Binder auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten im Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung der Hansestadt Stralsund durch Handschlag.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 12.09.2019**

Die Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 12.09.2019 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      2 Stimmenthaltungen

### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

#### **zu 3.1 Gebietsänderungsvertrag Kramerhof - Stralsund Vorlage: B 0058/2019**

Herr Suhr erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Regionalen Einzelhandelskonzept für den Stadt-Umland-Raum.

Frau Gessert führt aus, dass der Entwurf im Internet eingesehen werden konnte. Die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme war vermutlich der 14.10.2019. Bisher gab es diesbezüg-

lich keine Rücksprache. Nach Ende der Beteiligung erfolgt die Sichtung und Prüfung der Stellungnahmen. Nach Prüfung, welche Sachverhalte ggf. im Konzept berücksichtigt werden müssen, wird eine Abwägung erarbeitet. Das Konzept soll bis Ende des Jahres fertiggestellt werden und dann einschließlich der Abwägung den Gremien vorgelegt werden. Frau Gessert schätzt, dass das Konzept der Bürgerschaft im März 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Die Stellungnahmen liegen der Verwaltung derzeit nicht vor.

Herr Röhl schlägt vor, den Gebietsänderungsvertrag zurückzustellen, bis über die Erweiterung des Strelaparks abgestimmt worden ist.

Herr Gottschling spricht sich gegen eine Verzögerung aus, da es für die Hansestadt neben der Erweiterung des Strelaparks vor allem um die Gewinnung von Bauflächen geht und diese würde die Stadt mit Abschluss des Vertrages erhalten.

Herr Lastovka stellt die Vorlage B 0058/2019 wie folgt zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0058/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen      1 Gegenstimmen      2 Stimmenthaltungen

**zu 3.2      1. Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund um die inkommunalisierten Flächen des Strelasundes und Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**  
**Vorlage: B 0052/2019**

Herr Dillmann geht auf den Inhalt der Vorlage ein. Der vorliegende Entwurf wird im nächsten Schritt öffentlich ausgelegt.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zur Vorlage.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0052/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.3      Zweite Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Stralsund**  
**Vorlage: B 0042/2019**

Frau Wilcke erklärt, dass es lediglich geringe Änderungen im Reinigungsklassenverzeichnis gegeben hat.

Herr Röhl schlägt eine Änderung in der Satzung vor, und zwar soll in einer neuen Reinigungs-kategorie der Winterdienst in der gesamten Breite der Fußgängerzone in der Altstadt erfasst werden. Die Hauseigentümer sollen eine höhere Gebühr bezahlen, aber keinen Winterdienst mehr machen müssen. Herr Nachtwey erklärt, dass der Vorschlag nicht umsetzbar ist, da bei einsetzendem Schneefall ein Räumfahrzeug hin und her fahren muss, die Gewerbetreibenden aber verpflichtet sind dafür zu sorgen, dass keine Passanten vor den Ladengeschäften stürzen.

Herr Röhl stellt klar, dass sein Vorschlag dahingeht, dass die Gewerbetreibenden in der Fußgängerzone gar keinen Winterdienst mehr machen und diesen komplett die Stadt übernimmt. In anderen Städten wird schon so verfahren.

Frau Wilcke erklärt, dass dies vor allem eine Frage der Mehrkosten sei.

Herr Suhr geht davon aus, dass der Vorschlag für dieses Jahr sowieso nicht mehr umzusetzen ist, bittet aber ihn zu prüfen und zu schauen, wie der Winterdienst in anderen Städten geregelt ist.

Herr Lastovka regt in Richtung Herrn Röhl an, einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft einzureichen.

Herr Lastovka stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0042/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.4      Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Stralsund über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren**  
**Vorlage: B 0043/2019**

Herr Suhr bittet Frau Wilcke um Ausführungen zur Kostenentwicklung. Frau Wilcke verweist auf die Anlagen der Vorlage, in denen die Kosten aufgeführt sind. Die Kostensteigerung erklärt sich aus den tatsächlichen Reinigungskosten der letzten Jahre.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zur Vorlage.

Herr Lastovka stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0043/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.5      Finanzierung Nationale Projekte des Städtebaus, Hansakai  
Vorlage: B 0056/2019**

Frau Wilcke erklärt, dass die Voraussetzung für den Zuwendungsbescheid der gesicherte Eigenanteil der Stadt ist. Mehr beinhaltet die Vorlage nicht.

Herr Lastovka stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0056/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 4      Beratung zu aktuellen Themen**

**zu 4.1      Anlegen einer Querungshilfe im Bereich der Bushaltestelle "Voigdehäger Weg"  
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied  
Vorlage: AN 0149/2019**

Frau Wilcke teilt mit, dass für eine Querrungshilfe im Voigdehäger Weg eine Lösung gefunden werden konnte, hierfür aber noch Abstimmungen mit dem VVR notwendig sind. Diese Abstimmungen erfolgen in der nächsten Woche.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass Thema in der nächsten Sitzung erneut zu beraten.

**zu 4.2 Errichtung Wartehäuschen an der Haltestelle Blütenweg**  
**Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0076/2019**

Frau Wilcke erklärt, dass die Errichtung eines Buswartehäuschens im Blütenweg möglich ist. Eventuell erfolgt die Aufstellung zumindest eines Fahrgastunterstandes noch in diesem Jahr. Der Verwaltung liegt eine Übersicht vor, an welchen Haltestellen im Stadtgebiet Fahrgastunterstände vorhanden sind. Momentan wird vom Landkreis eine Übersicht im Hinblick auf Barrierefreiheit der Haltestellen erarbeitet, daraus lässt sich auch der Bedarf für weitere Haltestellen ableiten. An den wichtigsten Haltestellen sind bereits Fahrgastunterstände vorhanden.

Auf Nachfrage erklärt Frau Wilcke, dass mit der Zusammenstellung des Landkreises im nächsten Jahr zu rechnen sein sollte, da auch die Stadtverwaltung diese Daten benötigt, um Vorgaben zur Barrierefreiheit umsetzen zu können. Ein- und Ausstiegszahlen an den einzelnen Haltestellen müssen beim VVR abgefragt werden.

Herr Lastovka bittet darum, dem Ausschuss die Übersicht über die Haltestellen im Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen und beim Landkreis die Fahrgastzahlen abzufragen.

Der Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen erneut beraten.

**zu 4.3 Bepflanzung und Müllbehälter für Knieper West**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Vorlage: AN 0089/2019**

Herr Suhr erklärt, dass der Antrag deshalb gestellt worden ist, weil sich Bürger darüber beschwert haben, dass in Knieper West in erheblichem Maße Büsche und Bäume zurückgenommen worden sind. Der Antrag soll dazu dienen zu eruieren, ob es möglich ist, dort wieder Anpflanzungen vorzunehmen.

Frau Benz zeigt an Hand einer Karte, dass es im gesamten Stadtgebiet viele große Grünflächen gibt.

Frau Benz erklärt, dass Verkehrsflächen wie in der Herrmann-Burmeister-Straße oder Friedrich-Wolf-Straße sehr unterschiedliche Anforderungen erfüllen müssen. Grün ist ein Teil davon, tritt aber eher in den Hintergrund.

Mit Hilfe eines Straßenquerschnitts verdeutlicht Frau Benz, was eine Verkehrsfläche leisten muss. Wege, genauso wie die Straße müssen freigehalten werden, ebenso Straßenübergänge. Außerdem wurde die Sicherheitsproblematik immer wieder angesprochen. Beim Straßeüberqueren will man gesehen werden, es soll keine Angsträume geben und das Auto soll sicher abgestellt werden können. Auch die Pflegeanforderungen spielen eine Rolle. Die Pflanzflächen waren so tief in ihrer Ausprägung, dass eine vernünftige Pflege nicht mehr möglich war (Beseitigen von Müll).

Jetzt ist der Pflegeaufwand geringerer und die Müllablagerung haben sich deutlich reduziert. Am 17.10.2019 fand eine Begehung mit den Wohnungsgesellschaften statt, hier wurde mitgeteilt, dass die Einbrüche in und Beschädigungen an Pkw deutlich zurückgegangen sind. Frau Benz erklärt weiter, dass die Bäume die gefällt wurden, 1:2 ersetzt wurden. Außerdem

wurden Heckenpflanzungen in dem Bereich vorgenommen. Der Grünbestand wurde dem Straßenraum und der Verkehrsfläche angemessen angepasst. Bei der Umgestaltung wurde differenziert geschaut, welche Bepflanzungen entfernt werden müssen und welche erhalten bleiben können.

Herr Suhr fragt nach, ob es richtig ist, dass es aufgrund der nun fehlenden Hecken weniger Straftaten an Pkw gibt. Frau Benz bestätigt dies als einen positiven Punkt. Herr Suhr möchte wissen, ob diese Aussage bei der Polizei überprüft worden ist, wenn nicht bittet er dies zu tun. Weiter fragt Herr Suhr, ob geprüft worden ist, welche Auswirkungen es auf die Artenvielfalt im städtischen Raum hat, wenn Bäume und Büsche in diesem Umfang entfernt werden. Außerdem ist Herrn Suhr nicht klar, wie Büsche in einem klassischen Wohngebiet eine Verkehrsgefährdung darstellen können. Er geht davon aus, dass die Büsche und Sträucher eher dazu beitragen, dass die Verkehrsteilnehmer vorsichtiger fahren. Herr Suhr spricht sich vehement dafür aus, dass dort, wo früher Gehölze gestanden haben, auch wieder welche angepflanzt werden. Diese müssen ordentlich gepflegt werden, um dann den Müll aus den Büschen entfernen zu können.

Frau Benz sagt zu, sich in Bezug auf die Diebstähle und Beschädigungen an Autos bei der Polizei zu erkundigen.

Hinsichtlich der Artenvielfalt wurde keine Prüfung vorgenommen.

Im Straßenraum sind nicht nur Rasenflächen, sondern auch artenreiche Blühwiesen vorhanden.

Es gab Hinweise von Bürgern, dass diese wegen der eingeschränkten Sichtverhältnisse durch die Büsche/Bäume Schwierigkeiten haben, die Straße gefahrlos zu betreten, so dass die Verwaltung handeln musste.

Herr Sobottka sieht die Maßnahmen der Verwaltung in Knieper West positiv. Er bestätigt, dass viele Menschen sich sicherer fühlen, seit die Büsche entfernt worden sind. Die Gehölze, die noch vorhanden sind, können auch entsprechend gepflegt werden.

Herr Haack äußert sich ebenfalls positiv zu den durchgeführten Maßnahmen.

Auf die Nachfrage von Herrn Gottschling antwortet Herr Suhr, dass es um das zusätzliche Aufstellen von kleinen Müllbehältern geht, die für jeden zugänglich sind.

Herr Suhr geht noch einmal auf die entfernten Bäume und Sträucher ein. Dieses Entfernen hat zu einem Biodiversitätsverlust geführt. Er fragt, wo und in welchem Umfang durch die Verwaltung Blühwiesen angelegt worden sind. Es sollten auch in den Wohngebieten mehr Angebote für Flora und Fauna geschaffen werden.

Frau Benz sagt zu, eine Übersicht über Blühflächen zur Verfügung zu stellen.

Frau Benz betont, dass es sich hier um Verkehrsflächen handelt, die deutlich anders zu behandeln sind als Rand- oder Grünflächen. Auch auf den Flächen der Wohnungsunternehmen sind die Bepflanzungen deutlich zurückgegangen, auch wegen der Kosten, die dadurch verursacht werden.

Die Standorte der Papierkörbe sind mit entsprechenden Hinweisen veränderbar, auch wenn grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass im Stadtgebiet ausreichend Müllbehälter vorhanden sind.

Herr Sobottka spricht sich auch für mehr Papierkörbe aus, beispielsweise grundsätzlich am Ende eines Wohnblocks. Einige Mülleimer sind durch die Wegnahme der Büsche wieder sichtbar geworden.

Herr Lastovka stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

Abstimmung: 2 Zustimmungen      6 Gegenstimmen      1 Stimmenthaltung

**zu 4.4      Grundstücksbebauung durch städtische Gesellschaften**  
**Einreicher: Peter van Slooten, SPD-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0035/2019**

Herr Röhl geht auf den Antrag ein.

Herr Sund erklärt, dass mit den beiden Wohnungsgenossenschaften und der SWG vereinbart ist, dass ihnen bekanntgegeben wird, sollte die Stadt größere Objekte zur Wohnbebauung verkaufen. Alle Gesellschaften können sich an der Ausschreibung beteiligen. Die Bürgerschaft entscheidet durch Beschluss, wer den Zuschlag erhält. Die LEG ist bei allen Objektvergaben beteiligt, ist aber momentan gut ausgelastet durch die laufenden Projekte. Herr Röhl schlägt vor, die Flächen gar nicht erst auszuschreiben, sondern entsprechende Objekte durch städtische Gesellschaften entwickeln zu lassen. Generell soll vor jedem Verkauf geprüft werden, ob eine städtische Gesellschaft die Fläche entwickeln kann.

Durch Ausschreibungen sollen möglichst viele Interessenten angesprochen werden und auch vielfältige Objekte und Projekte entstehen.

Herr Haack fragt, ob eine Ausschreibung generell nötig ist. Er schlägt vor, sollte die SWG an einem Grundstück interessiert sein, dieses durch einen Gutachter schätzen zu lassen und dann das Grundstück zu dem ermittelten Preis an die SWG zu verkaufen. Bei einer Ausschreibung müssten die städtischen Gesellschaften eventuell auch hoch bieten, um den Zuschlag zu erhalten.

Nach Kenntnis von Herrn Suhr wird nicht jeder Verkauf ausgeschrieben, er erfragt, nach welchen Kriterien ausgeschrieben wird.

Herr Sund erklärt, dass Flächen, die von der Stadt verkauft werden, in der Regel ausgeschrieben werden. Es sei denn, es handelt sich um Kleinst- und Arrondierungsflächen oder Flächen innerhalb eines Gewerbegebiets an Gewerbetreibende. Wenn die Bürgerschaft beschließt, dass nicht der Höchstbietende den Zuschlag erhält, sondern das städtische Unternehmen, ist dies zulässig, der Verkauf der Fläche muss dann mindestens zum Bodenrichtwert erfolgen.

Herr Wohlgemuth ergänzt, dass es möglich ist und auch gängige Praxis, dass die Stadt Flächen an eine 100%ige Gesellschaft ohne Ausschreibung verkauft. Als Beispiel nennt er B-Plan 64 und 65.

Den Antrag zu beschließen, würde an der bisher gängigen Praxis nichts ändern.

Herr Lastovka stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag AN 0035/2019 wie vorliegend zu beschließen:

Der Antrag wird der Bürgerschaft zur Behandlung übergeben.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      1 Stimmenthaltung

**zu 4.5      Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen**  
**Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0018/2018**

Frau Wilcke erklärt, dass die Hauseigentümer Anfang des Jahres angeschrieben wurden, bisher haben sich aber nur 50% davon zurückgemeldet. In der Zwischenzeit wurden die Eigentümer erneut angeschrieben, mit einer entsprechenden Erläuterung des Vorhabens betreffend. Es wurden der minimale Aufwand und der Nutzen beschrieben.

Auf den Einwand von Herrn Lastovka antwortet Frau Benz, dass auch die Herstellung des Stromanschlusses in den Schreiben erläutert wurde.

Der bisherige Rücklauf ist positiv, reicht aber nicht aus, um eine vernünftige Abdeckung zu ermöglichen, noch gebe es zu große Lücken in der Beleuchtung.

Herr Röhl schlägt vor, dass Amt 80 oder der Stadtmarketing Verein mit den Hauseigentümern spricht.

Frau Benz geht davon aus, dass das nochmalige Anschreiben der Hauseigentümer eine positive Reaktion hervorrufen wird.

Auf Nachfrage erklärt Frau Benz, dass das Vorhaben schon aus haushaltstechnischen Gründen frühestens 2020 umgesetzt werden kann.

Das Thema wird erneut im Ausschuss beraten, wenn die Rückmeldung der Hauseigentümer erfolgt ist.

**zu 5      Verschiedenes**

Herr Sobottka spricht die ehemalige Krippe in Knieper West an, das Gebäude ist inzwischen eine Ruine.

Herr Sund erklärt, dass das Objekt mehrfach ausgeschrieben wurde. Der erste Käufer hat das Objekt aus persönlichen Gründen an die Stadt zurückgegeben. Bei einem zweiten Verkauf wurde von Seiten der Stadt versäumt, eine entsprechende Regelung zur Bauverpflichtung in den Vertrag aufzunehmen. Der jetzige Eigentümer sieht sich momentan nicht in der Lage, das Objekt zu entwickeln. Die Stadt hat keine Handhabe mehr, es sei denn, von dem Gebäude geht eine Gefahr aus.

Unter anderem dieser Fall hat dazu geführt, dass die Stadt bei ähnlichen Verkäufen im Vertrag eine Bauverpflichtung mit einer Rückkaufassungsvormerkung verankert.

Herr Suhr erkundigt sich, ob es stimmt, dass es einen Kompromiss zwischen der Landesforst und der Stadt in Bezug auf eine 10.000m<sup>2</sup> große Gewerbefläche gibt, die als Wald eingestuft wurde und gegen eine Ausgleichszahlung jetzt wieder als Gewerbefläche genutzt werden darf.

Herr Wohlgemuth bestätigt, dass es sich um eine Fläche im Gewerbegebiet südlich der Rosocker Chaussee handelt, bei dem das Forstamt einer Waldumwandlung gegen eine Ausgleichszahlung zugestimmt hat.

Da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf besteht, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Herr Lastovka schließt die 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung.

**zu 9      Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Hendrik Lastovka  
Vorsitzender

gez. Gaby Ely  
Protokollführung

# TOP Ö 4.1

Bürgerinitiative „MEIN RADNETZ“  
c/o Initiative Altstadt Stralsund e.V.  
An der Fährbrücke 1 a  
18435 Stralsund  
Email: inialtstadt@aol.com

Hansestadt Stralsund  
Präsidenten der Bürgerschaft  
Postfach 2145  
18408 Stralsund

Präsident der Bürgerschaft  
Eing.-Datum 11.05.19 Nr. 068793  
 Kopie  
Vert. Preis an: Fahrenca / EBSY Z.K.  
BÜKSTA, SDA, IVA  
 ... Aufnahme  
 ...  
 ... Preis.

Stralsund, 03.09.2019

## Betr.: Ergebnisse der Bürgerbefragung im Rahmen der Bürgerinitiative „MEIN RADNETZ Stralsund“

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Bürgerschaft,

im Mai 2019 hat sich eine Bürgerinitiative „MEIN RADNETZ“ in Stralsund gegründet. Deren Ziel ist es, das bürgerschaftliche Engagement für Verbesserungen im Radverkehrsnetz der Hansestadt im Zusammenwirken mit Politik und Verwaltung voranzubringen.

Dazu haben wir vom 01.05.2019 bis zum 20.06.2019 die Einwohner der Hansestadt Stralsund zur aktuellen Situation für Radfahrende befragt.

Im Ergebnis dieser Befragung wurden von über 300 Bürgerinnen und Bürger, Hinweise und Vorschläge zur Verbesserung der Radverkehrssituation in unserer Stadt abgegeben. Diese geben wir Ihnen mit diesem Schreiben in zusammengefasster Form zur Kenntnis.

In den Zuschriften werden Maßnahmen in folgenden Handlungsfeldern gewünscht:

1. Ausbau und Sanierung der Radwege
2. Kopfsteinpflaster in der Altstadt glätten
3. Fahrradabstellplätze einrichten
4. Autofreie Altstadt
5. Verbesserung der Beschilderung
6. Radfahrstreifen auf Fahrbahnen

7. Bürgerbeteiligung bei der Verkehrsplanung
8. Bessere Anbindung des Umlandes
9. Übernahme von Erfahrungen aus anderen Kommunen

Die über die allgemeinen Wünsche hinausgehenden konkreten Vorschläge, welche zum Teil mehrfach mitgeteilt wurden, sind in der Anlage zu diesem Schreiben enthalten. Diese Vorschläge entsprechen zu einem großen Anteil jenen Maßnahmen, welche bereits im Klimaschutz-Teilkonzept „Klimafreundliche Mobilität – Stralsund steigt um“ vom Dezember 2015 enthalten sind. Dieses Konzept wurde im März 2017 von der Bürgerschaft als Arbeitsgrundlage für die Verwaltung der Stadt beschlossen, jedoch bisher nur zu einem geringen Teil in die Praxis umgesetzt.

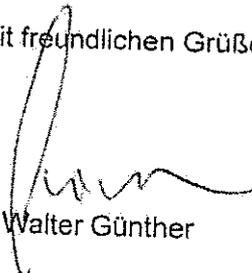
Wir bitten deshalb alle Fraktionen der Bürgerschaft darum, sich dieser Bürgerwünsche anzunehmen, damit diese Maßnahmen möglichst bald Wirklichkeit werden. Im Namen der Bürger bitten wir Sie mit Nachdruck darum, den weitgehenden Stillstand bei der Modernisierung der Infrastruktur für Radfahrende zeitnah zu beenden.

An der Bürgerinitiative „MEIN RADNETZ“ sind folgende Vereine und weitere sachkundige Bewohner der Hansestadt Stralsund aktiv beteiligt:

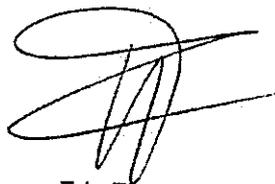
- Der Verein Initiative Altstadt Stralsund e.V.
- Die adfc-Regionalgruppe Stralsund-Rügen
- Die Initiative „ProRad“ Stralsund
- Der Seniorenbeirat Stralsund
- Der Rentnerservice alteprofis Stralsund

Wir sind sehr gern bereit, uns an der Umsetzung der aufgeführten und weiteren Maßnahmen im Rahmen unserer Möglichkeiten mit Rat und Tat zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen



Walter Günther  
Adfc-Regionalgruppe  
Stralsund-Rügen



Friz Fischer  
Initiative Altstadt  
Stralsund e.V.



Reinhard Klette  
Initiative ProRad

Anlage

Anlage zum Brief an die Bürgerschaft vom 03.09.2019

Lfd. Nr.	Konkrete Vorschläge
1.	Ausbau der Hainholzstrasse zur Fahrradstrasse (x)
2.	Bau eines Fahrradweges in der Sarnowstrasse (x)
3.	Einrichtung einer Fahrspur für Radfahrer in der Wasserstrasse (x)
4.	Fahrradschutzstreifen in der Seestrasse einrichten (x)
5.	Ostseeküsten-Fernradweg Stralsund - Greifswald ausbauen (x)
6.	Radwegeausbau B 105/Carl-Heidemann-Ring (x)
7.	Sanierung der Radwege in der Rostocker Chaussee beidseitig(x)
8.	Fahrradwege an den Bleichen (2 Schulen) instandsetzen/ausbauen (x)
9.	Radweg Barther-Str. - Grünhufer Bogen sanieren
10.	Fuß-/Radweg am Jungfernsteg nur in einer Richtung freigeben
11.	Fahrradwege in beiden Richtungen nach/von Klein Kordshagen
12.	Radverleihsystem/Carsharing einrichten bzw. ausbauen
13.	Neugestaltung der Radfahrwege und -plätze am Hauptbahnhof
14.	Radweg in Freienlande einrichten
15.	Radweg von und nach Brandshagen einrichten
16.	Radweg über die Hafeninsel führen, bzw. bei der Umgestaltung beachten
17.	Radweg zwischen Zarrendorf und Stralsund
18.	"Legale" Zufahrt für Radfahrer zum Dänholm einrichten
19.	Verbesserung des Radweges in der Tribseer Strasse

(x) Mehrfachnennungen

Rad verzichten möchte, für den empfiehlt es sich, nicht auf die letzte Verbindung zu warten, sondern lieber etwas früher zurück zu fahren.

Für Ihren Ausschuss wünschen wir Ihnen viel Erfolg und verbleiben mit

Freundlichen Grüßen

Jörg Werner  
Leiter Fahrgastmarketing  
Region Nordost (P.R-NO-M1)

DB Regio AG  
Babelsberger Str. 18, 14473 Potsdam  
Tel. +49 331 235 6814, intern 99786814, Fax +49 331 235 6819

---

Pflichtangaben anzeigen

Nähere Informationen zur Datenverarbeitung im DB-Konzern finden Sie hier:  
<http://www.deutschebahn.com/de/konzern/datenschutz>

# TOP Ö 4.1

## **Auszug aus der Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 01.10.2019**

### **Zu TOP: 4.1**

#### **Bürgerinitiative Mein Radnetz Stralsund - Ergebnisse Bürgerbefragung**

Herr Grabe vom ADFC Stralsund geht auf die durchgeführte Befragung ein und schildert das Anliegen.

Herr Pieper fragt, inwiefern das Kopfsteinpflaster in der Altstadt geglättet werden soll.

Herr Grabe erläutert, dass es um Straßen geht, die einen zu schmalen Radstreifen oder eine sehr unebene Oberfläche besitzen. Dies beeinträchtigt nicht nur Fahrradfahrer, sondern auch Rollstuhlfahrer.

Herr Pieper bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 16.10.2019

# TOP Ö 4.1

## **Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung am 30.10.2019**

### **Zu TOP : 4.1**

#### **Bürgerinitiative Mein Radnetz Stralsund - Ergebnisse Bürgerbefragung**

Herr Klette erklärt, dass die Befragungsergebnisse auf der Initiative „Mein Radnetz“ beruhen. Die Initiative „Mein Radnetz“ setzt sich aus der Initiative „Altstadt“ und der Regionalgruppe des adfc zusammen. Die Initiative betreibt Aufklärung, wo Radfahrer fahren dürfen und wo nicht. Außerdem soll eine bessere Beteiligung von Fußgängern und Radfahrern am Straßenverkehr erreicht werden.

Herr Klette nennt eine Gefahrenstelle, an der es dieses Jahr bereits einen schweren Unfall gegeben hat. Am Kreisverkehr Frankendamm/Frankenstraße sind drei Parkplätze vorhanden, in denen nur vorwärts eingeparkt werden kann. Hier werden Fahrradfahrer beim Rückwärtsausparken übersehen. Trotz mehrfacher Hinweise wird von der Verwaltung keine Notwendigkeit gesehen, die Parkplätze zu entfernen.

Eine weitere Gefahrenquelle besteht laut der Initiative Am Fischmarkt. Fraglich ist, ob es rechtlich zulässig ist, dass Radfahrer die Einbahnstraße bei einer Fahrbahnbreite von 3,80m in beide Richtungen befahren dürfen, wenn die Straße auch von Lkw genutzt wird.

Auf Nachfrage von Frau von Allwörden erklärt Herr Klette, dass mit der Glättung des Kopfsteinpflasters in der Altstadt gemeint ist, in der Mitte der Straße eine glatte Spur einzuziehen, so dass die Straße von Radfahrern und Rollstuhlfahrern vernünftig genutzt werden kann.

Herr Grabe macht am Beispiel des Frankendamms deutlich, dass Kopfsteinpflaster relativ glatt verlegt werden kann. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, das Kopfsteinpflaster nutzen zu können, ohne den Weltkulturerbestatus zu gefährden.

Herr Schröder erkundigt sich, wie die Hainholzstraße beschildert werden soll, wenn sie als Fahrradstreifen ausgewiesen wird. Herr Klette erklärt, dass die Straße saniert werden soll. Durch Zusatzzeichen können auch Autos und Motorräder die Straße nutzen. In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Klette erklärt Frau von Allwörden, dass die Beschilderung der Hainholzstraße noch in den Gremien diskutiert wird und noch keine Entscheidung diesbezüglich vorliegt.

Herr Peters fragt, wie von Seiten der Initiative die bisherige Umsetzung der Maßnahmen aus dem Klimaschutzteilkonzeptes eingeschätzt wird.

Es wurden einige Fahrradstreifen geschaffen, aus Sicht der Initiative hat die Umsetzung in den letzten eineinhalb Jahren deutlich nachgelassen.

Frau Quintana Schmidt bedankt sich für die geleistete Arbeit.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass Thema zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 12.11.2019

**Titel: Anpassung von Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund**  
**hier: grundhafter Ausbau des Groß Lüdershäger Weges**  
**Einreicher: Peter Paul, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 18.03.2019
Einreicher: Paul, Peter	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die mit Beschluss 2017-VI-07-0697 festgelegten Maßnahmen gemäß Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund werden zugunsten des grundhaften Ausbaus des Groß Lüdershäger Weges angepasst.
2. Alle bisher für den Zeitraum 2025 bis 2038 geplanten baulichen Maßnahmen am Groß Lüdershäger Weg werden auf den Zeitraum bis 2025 vorgezogen, wobei die Planungen und Sanierungsarbeiten so anzulegen sind, dass spätestens im Jahr 2025 der grundhafte Ausbau des Groß Lüdershäger Weges fertiggestellt ist.
3. Die Finanzierung der vorgezogenen Maßnahme erfolgt ggf. durch die Verschiebung anderer Maßnahmen, jedoch vordringlich durch die Bereitstellung finanzieller Mittel infolge der Novellierung des Finanzausgleiches zwischen dem Land MV und den Kommunen.

Begründung:

Das Wohngebiet Tribseer Wiesen ist stetig gewachsen und wird tendenziell weiter Bewohner anziehen. Es wird verkehrlich hauptsächlich über die Feldstraße und den Groß Lüdershäger Weg erschlossen. Der Groß Lüdershäger Weg wird dabei erheblich frequentiert. Der derzeitige Zustand der Straße einschließlich der Ver- und Entsorgungseinrichtungen ist für dieses Aufkommen nicht ausgelegt und für diese Art von Hauptverkehrsachse weder für den Fahrzeugverkehr, besonders aber für den Rad- und Fußgängerverkehr inakzeptabel. Durch einen vorgezogenen Ausbau können Folgeschäden vermieden und die bisher eingeschränkte Wohn- und Nutzqualität der Straße deutlich verbessert werden.

Peter Paul  
CDU/FDP-Fraktion



# TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Gremiendienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.5**

**Anpassung von Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund**

**hier: grundhafter Ausbau des Groß Lüdershäger Weges**

**Einreicher: Peter Paul, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0050/2019**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des Antrages AN 0050/2019 in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung zu verweisen:

1. Die mit Beschluss 2017-VI-07-0697 festgelegten Maßnahmen gemäß Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund werden zugunsten des grundhaften Ausbaus des Groß Lüdershäger Weges angepasst.
2. Alle bisher für den Zeitraum 2025 bis 2038 geplanten baulichen Maßnahmen am Groß Lüdershäger Weg werden auf den Zeitraum bis 2025 vorgezogen, wobei die Planungen und Sanierungsarbeiten so anzulegen sind, dass spätestens im Jahr 2025 der grundhafte Ausbau des Groß Lüdershäger Weges fertiggestellt ist.
3. Die Finanzierung der vorgezogenen Maßnahme erfolgt ggf. durch die Verschiebung anderer Maßnahmen, jedoch vordringlich durch die Bereitstellung finanzieller Mittel infolge der Novellierung des Finanzausgleiches zwischen dem Land MV und den Kommunen.

Beschluss-Nr.: 2019-VI-03-0956

Datum: 04.04.2019

Im Auftrag

gez. Kuhn

# TOP Ö 4.2

## **Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 04.04.2019**

### **Zu TOP : 9.5**

#### **Anpassung von Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund**

**hier: grundhafter Ausbau des Groß Lüdershäger Weges**

**Einreicher: Peter Paul, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0050/2019**

Herr Dr. von Bosse bittet um Klärung, ob bei dieser Änderung der Prioritäten andere Maßnahmen zurückgestellt werden und ob diese Änderung z. B. durch Verkehrszählungen begründet werden kann.

Herr Paul informiert, dass keine Maßnahme zurückgestellt wird, da die Zuweisungen durch das FAG erhöht wurden.

Herr Haack beantragt, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung zu verweisen, um konkret benennen zu können, welche Straße zunächst von den Mehrzuweisungen profitieren kann.

Herr Paul lässt über den Antrag auf Verweisung der Beratung in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des Antrages AN 0050/2019 in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung zu verweisen:

1. Die mit Beschluss 2017-VI-07-0697 festgelegten Maßnahmen gemäß Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund werden zugunsten des grundhaften Ausbaus des Groß Lüdershäger Weges angepasst.
2. Alle bisher für den Zeitraum 2025 bis 2038 geplanten baulichen Maßnahmen am Groß Lüdershäger Weg werden auf den Zeitraum bis 2025 vorgezogen, wobei die Planungen und Sanierungsarbeiten so anzulegen sind, dass spätestens im Jahr 2025 der grundhafte Ausbau des Groß Lüdershäger Weges fertiggestellt ist.
3. Die Finanzierung der vorgezogenen Maßnahme erfolgt ggf. durch die Verschiebung anderer Maßnahmen, jedoch vordringlich durch die Bereitstellung finanzieller Mittel infolge der Novellierung des Finanzausgleiches zwischen dem Land MV und den Kommunen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VI-03-0956

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. König/Gremiendienst

Stralsund, 16.04.2019



# TOP Ö 4.2

## **Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 16.05.2019**

### **Zu TOP : 4.1**

#### **Anpassung von Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Hansestadt Stralsund**

**hier: grundhafter Ausbau des Groß Lüdershäger Weges**

**Einreicher: Peter Paul, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0050/2019**

Herr Haack beantragt das Rederecht für Herrn Treichel von der Bürgerinitiative.

Herr Lastovka lässt über das beantragte Rederecht abstimmen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

Herr Bogusch, in Begleitung von Herrn Müller von der REWA, erläutert den aktuellen Stand mit Hilfe einer Präsentation ausführlich. Zur besseren Veranschaulichung liegt der Übersichtsplan zum Abwasserbeseitigungskonzept vor.

Er erläutert umfänglich, welche Maßnahmen schon umgesetzt wurden und welche bis 2038 umgesetzt werden sollen.

Die Sanierung der Hainholzstraße musste verschoben werden, da kein Angebot einging.

In den nächsten Jahren sollen die Maßnahmen im Bereich der Wallensteinstraße umgesetzt werden. Ebenfalls stehen die Verlängerung der Großen Parower Straße und der Sanierungsbeginn der Rudolf-Breitscheid-Straße auf dem Plan.

Gemäß dem Abwasserbeseitigungskonzept soll der Groß Lüdershäger Weg im Jahr 2037 saniert werden. Nach Abschluss dieser Arbeiten stehen noch zwei weitere Baumaßnahmen an, die Sanierung des August-Bebel-Ufers und der Elisabethweg.

Alle anderen Maßnahmen des Konzeptes sind derzeit vor dem Groß Lüdershäger Weg eingetaktet. Der Groß Lüdershäger Weg befindet sich zwischen Damaschkeweg und Tribseer Wiesen.

Im Bereich des Damaschkeweges liegt bereits eine Trennkanalisation vor.

In diesem Abschnitt existiert auch die angesprochene Baumproblematik. Dementsprechend würde ein Vorziehen der Sanierungsmaßnahmen im Groß Lüdershäger Weg die Baumproblematik nicht lösen.

Herr Bogusch erklärt umfänglich die weitere Verfahrensweise und zeigt dabei die Möglichkeiten der Finanzierung bei einer Vorziehung der Maßnahmen des Groß Lüdershäger Weges auf. So müssten z.B. finanziell bereits eingetaktete Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes neu eingeordnet werden.

Weiterhin erläutert er ausführlich, welche Bau – und Sanierungsmaßnahmen hintenangestellt werden müssen, wenn der Groß Lüdershäger Weg bis 2025 fertig gestellt werden würde.

Herr Treichel bedankt sich für die Möglichkeit, im Ausschuss sprechen zu dürfen. Er stellt fest, dass es im Groß Lüdershäger Weg keine getrennte Abwasser – und Regenwasserleitung gibt. Weiterhin weist er darauf hin, dass die Pflanzung der italienischen Erlen zusammen mit den Schwarzerlen ein Fehler war. Dieser Fehler muss beseitigt werden. Im Zuge der Baumpflanzung wurden die zwar nichtbefestigten, dennoch viel genutzten Radwege gestrichen. Als Folge dessen müssen alle den schmalen Gehsteig nutzen. Die Straße ist für die Radfahrer in einigen Bereichen zu gefährlich. Als eine weitere Folge führt er an, dass die Erlen eine Pflanzgrube von 12 m<sup>3</sup>, sowie gelockerten Boden zur Wurzelausbreitung benötigen. Dies kann nicht eingehalten werden, somit stellen die Bäume eine Gefahr für die Ver- und Entsorgungsleitungen und die Zuwegungen dar. Die Straße ist inzwischen durch die zahlreichen Bodenwellen geschädigt. Diese Wellen entstehen durch das Zusammenwachsen der Wurzeln unterhalb der Straße. Durch das Zusammenwachsen der Baumkronen ist z.B. das Betreiben von Solaranlagen vollkommen unwirtschaftlich, da die Sonne kaum durchkommt. Dadurch sind die Anwohner gezwungen, zur Stromversorgung Strom zu nutzen, der nicht erneuerbar ist. Das hat zur Folge, dass die Anwohner künftig eine Co<sup>2</sup>-Steuer zahlen müssen, sollten die Pläne hierfür umgesetzt werden. Herr Treichel äußert die Befürchtung, dass der ÖPNV die Straße in Zukunft nicht mehr nutzen kann. Er bittet die Anwesenden, sich die Situation vor Ort anzuschauen. Er weist auf das hohe Allergierisiko durch die Pollen der Erlen hin. Er bezieht sich auf mehrere Rechtsquellen, welche eine Baumfällung in Ausnahmefällen erlauben. Herr Treichel bittet, den Antrag auf Sanierung des Weges bis 2025 zu befürworten, um weitere Gefahren abzuwenden.

Herr Lastovka fasst die Intention von Herrn Treichel zusammen. Die Sanierung des Abwasserleitungssystems soll vorgezogen werden, um gleichzeitig das Problem der Erlen lösen zu können.

Herr Bogusch stellt klar, dass die Bäume vom Baumpfleger und der unteren Naturschutzbehörde als vital und verkehrssicher eingestuft wurden. Dementsprechend liegt keine Handhabe zur Genehmigung einer Baumfällung vor. Aktuell wird eingeschätzt, dass im Zuge der Straßensanierung einige Bäume nicht mehr standsicher sein könnten. Dies ergäbe dann den Ausnahmetatbestand, um eine Fällung der Bäume zu rechtfertigen. Es werden dann entsprechende Ersatzpflanzungen mit einer anderen Baumart durchgeführt. Ebenfalls stellt er dar, dass es durch die Bäume keine Beeinträchtigung der Ver- und Entsorgungsleitungen gibt. Allerdings haben die Wurzeln zu Schäden der Straße und des Gehweges geführt. Die Straße ist dennoch verkehrstauglich. Er erläutert, dass andere Straßen wesentlich schlechter beschaffen sind und dort zum Teil eine Beschädigung der Leitungen vorliegt. Dies waren unter anderem Gründe, die Sanierung des Groß Lüdershäger Weges weiter nach hinten zu stellen.

Herr Suhr stellt folgende Fragen:

1. Inwieweit sind die Leitungen beschädigt?
2. Ist eine Finanzierung des Abwasserbeseitigungskonzeptes über das Finanzausgleichsgesetz möglich?
3. Wie ist die naturschutzfachliche Einschätzung des Baumzustandes?

Herr Müller stellt in Bezug auf die vorherige Diskussion fest, dass in Teilen des Groß Lüdershäger Weges ein Trennsystem vorhanden ist. In den anderen Bereichen existiert ein Mischwassersystem. Zur Beantwortung der ersten Frage von Herrn Suhr teilt er mit, dass es kaum Wurzeleinwüchse gibt und keine Schäden im Trinkwassernetz bestehen. Somit kann er keine direkten Rückschlüsse von den Bäumen auf das Leitungsnetz erkennen.

Herr Lastovka stellt fest, dass momentan noch keine Einwachsungen bestehen. Fraglich ist, ob sich dies in den nächsten Jahren ändern wird.

Herr Müller bestätigt die Aussage von Herrn Lastovka. Es kann momentan nur der aktuelle Stand betrachtet werden, es liegt keine Notwendigkeit vor, mit einer Freifräsung, dort einzugreifen. Die Kanalisation wird nach Schadensklassen bewertet. In der Rangliste des Reparaturkonzeptes steht diese Sanierung weiter hinten.

Herr Treichel betont nochmal, dass im Bereich der Hausnr. 6 keine getrennte Leitung liegt.

Herr Müller beruft sich auf die in den letzten Wochen aufgenommenen Videoaufzeichnungen und bietet Herrn Treichel an, sich diese anzusehen.

Herr Lastovka sieht das Angebot von Herrn Müller als eine gute Chance für eine bessere Verständigung zwischen den Parteien.

Herr Bogusch erläutert, dass die weggefallenen Straßenbaubeiträge mit anderen Maßnahmen kompensiert werden sollen. Eine genaue Aussage zum FAG kann er aktuell nicht treffen.

Bezüglich der Ausnahmetatbestände für eine Fällung stellt Herr Bogusch nochmal heraus, dass die untere Naturschutzbehörde dafür zuständig ist.

Durch die untere Schutzbehörde wurde mitgeteilt, dass die Fällgenehmigungen nicht erteilt werden, da die Bäume keine Verkehrsgefährdung darstellen.

Herr Meißner bedankt sich für den sehr fachlichen und ruhigen Vortrag von Herrn Treichel. Er stellt den Antrag auf Verweisung in die Fraktionen. Intention dafür ist das genaue Betrachten der Finanzierung.

Herr Bogusch antwortet auf die Frage von Herrn Gottschling, dass es der Verwaltung aktuell nicht bekannt ist, dass es in Stralsund noch mehr Straßen mit dieser Baumart gibt.

Herr Lastovka lässt über den Verweisungsantrag von Herrn Meißner abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

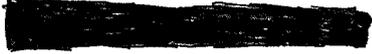
Der Antrag wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Herr Lastovka schließt den Tagesordnungspunkt.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Gaby Ely

Stralsund, 26.08.2019

Initiative „Keine Erlen im Groß Lüdershäger Weg“

  
18437 Stralsund

Herr Paul

Präsident der Bürgerschaft Stralsund

Stralsund, 06.11.2019

Nur per Mail

Erinnerung zur telefonischen Anfrage zum aktuellen Sachstand und Klärung der aktuellen Probleme

Sehr geehrter Herr Paul, sehr geehrte Damen und Herren der Bürgerschaft.

Am 01.10.2019 bat ich telefonisch Ihre Sekretärin Frau Mähl um eine Information zum aktuellen Sachstand zur Sanierung im Groß Lüdershäger Weg und somit zum Austausch der Erlen mit kleinwüchsigen Bäumen bzw. die Beseitigung der Bäume.

Sicher haben Sie nicht absichtlich auf eine Information an uns verzichtet. Jedoch möchten wir nochmals nachdrücklich um die Beantwortung unserer Anfrage bitten.

Auch möchte ich nochmals daran erinnern, als Sie mir persönlich direkt vor der Wahl mitteilten, wir sollten bezüglich der Erlen im Groß Lüdershäger Weg nichts weiter unternehmen, Sie würden „kämpfen bis auf's Blut“ um hier eine positive Lösung für unser Problem zu erreichen.

Lt. Bauausschuss am 16.05.2019 wurde mitgeteilt, dass die Sanierung des Groß Lüdershäger Weges entsprechend des Abwasserbeseitigungskonzeptes in nächster Zeit nicht möglich ist. Weiterhin wurde bekannt, dass eine Sanierung lediglich ab Höhe des Abzweiges Damaschkeweg bis kleiner Wiesenweg erfolgen soll und somit der Bereich, in dem die Erlen stehen und ungehindert weitere Schäden anrichten können, nicht tangiert. Das Problem sollte nochmals in die Fraktionen verwiesen werden.

Unsere Fragen:

- Wie ist das Ergebnis der Fraktionsberatungen?
- Soll sich die geplante Sanierung auf den gesamten Groß Lüdershäger Weg beziehen und wenn nein, wie soll das Problem der Erlen gelöst werden?
- Am 16.10.2019 erfolgte im Groß Lüdershäger Weg 11 von der Rewa eine Gasabstellung auf Grund der Umwicklung der Gasleitung von Wurzeln der Erlen. Es handelte sich hier um einen Zufallsbefund. Wie will die Stadt als Eigentümer der Bäume sicherstellen, dass es nicht noch weitere unentdeckte problembehaftete Abschnitte der Gasleitung oder anderer Versorgungsleitungen gibt? Und wie sollen weitere Leitungsbeschädigung dieser Art erkannt und beseitigt werden? (Bezug nehmen wir auf den Fall in Viersen in 1993, wo es zur Explosion kam bei der mindestens 1 Person verstorben ist – als Folge der Wurzelumwicklung der Gasleitung von Platanen)
- Die Stadt Hannover hat die Gefahren überpflanzter Versorgungsleitungen mit Bäumen erkannt und unternimmt Risikoanalysen der entsprechenden Flächen und leitet entsprechende Maßnahmen ein. Im Groß Lüdershäger Weg erfolgt die turnusmäßige Baumsichtung durch einen zum Baumpfleger umgeschulten Maurer, der mit einem Hammer die Bäume abklopft und maximal die Baumkronen ansieht. Bestehende gravierende Schäden im Pflaster der Straße und des Bürgersteigs finden bei dieser „Begutachtung“ keinerlei Beachtung.

- Halten Sie diese Vorgehensweise für verantwortbar? Die Bewohner der Straße erwarten mit Recht eine Antwort auf die Frage: Welche Maßnahmen sind in absehbarer Zeit vorgesehen und wie kann die Sicherheit der erheblich beunruhigten Anwohner in Zukunft gewährleistet werden? (z.B. Gas)

Über eine Antwort innerhalb von 4 Wochen wären wir Ihnen sehr verbunden.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Lissner

Sprecherin der Arbeitsgruppe „keine Erlen im GLW“

Verteiler:

Oberbürgermeister Herr Dr. Ing. Badrow

Bürgerbeauftragter des Landes MV Herr Crone

Landrat Herr Dr. Kerth

# TOP Ö 4.3



Anträge  
Vorlage Nr.: AN 0149/2019  
öffentlich

**Titel: Anlegen einer Querungshilfe im Bereich der Bushaltestelle "Voigdehäger Weg"**

**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**

Federführung: Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum: 15.07.2019
Einreicher: Adomeit, Michael	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im Bereich der Bushaltestelle

„Voigdehäger Weg“ eine Querungshilfe angelegt werden kann.

Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung zur Sitzung im Oktober 2019 bekanntzugeben.

Begründung:

Durch den Bau neuer Wohngebiete ist das Verkehrsaufkommen stark gestiegen. Viele ältere Anwohner und auch Kinder haben Probleme, die Greifswalder Chaussee gefahrlos zu überqueren.

Michael Adomeit  
Einzelbürgerschaftsmitglied

# TOP Ö 4.3

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Gremiendienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.5**

**Anlegen einer Querungshilfe im Bereich der Bushaltestelle "Voigdehäger Weg"**

**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**

**Vorlage: AN 0149/2019**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im Bereich der Bushaltestelle „Voigdehäger Weg“ eine Querungshilfe angelegt werden kann. Des Weiteren ist die Notwendigkeit aller Querungshilfen in der Stadt zu prüfen.

Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung zur Sitzung im Oktober 2019 bekanntzugeben.

Beschluss-Nr.: 2019-VII-02-0046

Datum: 29.08.2019

Im Auftrag

**gez. Kuhn**

# TOP Ö 4.3

## **Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung am 17.10.2019**

### **Zu TOP : 4.1**

#### **Anlegen einer Querungshilfe im Bereich der Bushaltestelle "Voigdehäger Weg"**

**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**

**Vorlage: AN 0149/2019**

Frau Wilcke teilt mit, dass für eine Querrungshilfe im Voigdehäger Weg eine Lösung gefunden werden konnte, hierfür aber noch Abstimmungen mit dem VVR notwendig sind. Diese Abstimmungen erfolgen in der nächsten Woche.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass Thema in der nächsten Sitzung erneut zu beraten.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 06.11.2019

# TOP Ö 4.3

## **Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 29.08.2019**

### **Zu TOP : 9.5**

#### **Anlegen einer Querungshilfe im Bereich der Bushaltestelle "Voigdehäger Weg"**

**Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied**

**Vorlage: AN 0149/2019**

Herr Adomeit begründet ausführlich den Antrag.

Herr Philippen befürwortet den Antrag und signalisiert Zustimmung der Fraktion BfS.

Frau Kindler unterstützt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI den Antrag und hebt die Beteiligung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung positiv hervor.

Herr Borbe begrüßt den Antrag für die Fraktion CDU/FDP ebenfalls, beantragt jedoch die Prüfung auf alle Querungshilfen in der Stadt auszudehnen.

Herr Kühnel teilt mit, dass die AfD-Fraktion den Antrag ebenfalls unterstützt und zustimmen wird.

Frau Kühl informiert, dass die Fraktion DIE LINKE dem Antrag ebenfalls zustimmen wird.

Der Präsident stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im Bereich der Bushaltestelle „Voigdehäger Weg“ eine Querungshilfe angelegt werden kann. Des Weiteren ist die Notwendigkeit aller Querungshilfen in der Stadt zu prüfen.

Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung zur Sitzung im Oktober 2019 bekanntzugeben.

Einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VII-02-0046

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Gremiendienst

Stralsund, 10.09.2019

**Titel: Errichtung Wartehäuschen an der Haltestelle Blütenweg**

**Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion**

Federführung: Fraktion SPD	Datum: 25.04.2019
Einreicher: Miseler, Mathias	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen zur Errichtung zweier Wartehäuschen bzw. Unterstellmöglichkeiten beidseitig im Bereich der Haltestelle Blütenweg der Buslinie 6 durchzuführen und der Bürgerschaft bis zur Sitzung im September 2019 einen Entscheidungsvorschlag für die Errichtung der vorgenannten Wartehäuschen vorzulegen.

Begründung:

Der Wartebereich an der Haltestelle Blütenweg ist auf einem schmalen Bürgersteig angeordnet, wird insbesondere von Schülern genutzt und bietet keinerlei Schutz gegen Witterung.

Mathias Miseler

# TOP Ö 4.4

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Gremiendienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.7**

**Errichtung Wartehäuschen an der Haltestelle Blütenweg**

**Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion**

**Vorlage: AN 0076/2019**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages AN 0076/2019 in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung mit der Bitte, die Möglichkeit der Errichtung von Wartehäuschen für das gesamte Stadtgebiet zu prüfen, zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen zur Errichtung zweier Wartehäuschen bzw. Unterstellmöglichkeiten beidseitig im Bereich der Haltestelle Blütenweg der Buslinie 6 durchzuführen und der Bürgerschaft bis zur Sitzung im September 2019 einen Entscheidungsvorschlag für die Errichtung der vorgenannten Wartehäuschen vorzulegen.

Beschluss-Nr.: 2019-VI-04-0983

Datum: 09.05.2019

Im Auftrag

**gez. Kuhn**

# TOP Ö 4.4

## **Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 09.05.2019**

**Zu TOP : 9.7**

**Errichtung Wartehäuschen an der Haltestelle Blütenweg**

**Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion**

**Vorlage: AN 0076/2019**

Herr Miseler begründet den Antrag ausführlich.

Herr Dr. Zabel beantragt, die Beratung des folgenden Antrages AN 0076/2019 in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung mit der Bitte, die Möglichkeit der Errichtung von Wartehäuschen für das gesamte Stadtgebiet zu prüfen, zu verweisen.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages AN 0076/2019 in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung mit der Bitte, die Möglichkeit der Errichtung von Wartehäuschen für das gesamte Stadtgebiet zu prüfen, zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planungen zur Errichtung zweier Wartehäuschen bzw. Unterstellmöglichkeiten beidseitig im Bereich der Haltestelle Blütenweg der Buslinie 6 durchzuführen und der Bürgerschaft bis zur Sitzung im September 2019 einen Entscheidungsvorschlag für die Errichtung der vorgenannten Wartehäuschen vorzulegen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VI-04-0983

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Gremiendienst

Stralsund, 23.05.2019

**Titel: zu den Markierungspfosten (Quartier 17)**  
**Einreicher: Thoralf Pieper, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 28.10.2019
Einreicher: Pieper, Thoralf	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie es möglich ist, den Unfällen, im Zusammenhang mit den Markierungspfosten an der Kreuzung Ossenreyerstraße/ Heilgeiststraße und an der Ausfahrt der Tiefgarage „Quartier 17“ in der Heilgeiststraße, durch neue und bessere Markierungspfosten vorzubeugen.

Solche Markierungspfosten sollten

- a) besser verankert sein, sodass sie bei Zusammenstößen nicht mehr so leicht aus dem Boden gerissen werden können
- b) besser sichtbar sein, sodass die LKW-Fahrer und die aus der Tiefgarage kommenden PKW-Fahrer frühzeitig auf die Markierungspfosten aufmerksam werden können.

Begründung:

Die Kosten, die durch Zusammenstöße mit den Markierungspfosten entstehen (Sachschäden, einsatzkosten der Polizei, Wiederaufrichtung etc.), könnten mit einer besseren Verankerung und einer früheren Sichtbarkeit verhindert oder zumindest vermindert werden.

Thoralf Pieper  
CDU/FDP-Fraktion